

Vorwort zur 4. Auflage

Der zur Neige gehende Vorrat der 3. Auflage ist ein guter Anlass zur Aktualisierung v.a. des Kapitels zur europäischen Staatsschuldenkrise. Aus Raumgründen muss daher Kapitel III.8 über das große Staatsversagen (Kling 2009) weichen, das bei Bedarf gerne zugeschickt werden kann (Helge.Peukert@uni-erfurt.de). Es entfällt nicht, weil das Staatsversagen in den letzten Jahren abnahm, es ist in den erweiterten Kapiteln IV.8 zur Staatsschuldenkrise und IV.9 zu mittlerweile erfolgten Finanzmarktregulierungen aufgegangen.

Seit der letzten Auflage ging zwischen Oktober 2011 und April 2012 das verwirrende Eurospiel weiter, das die meisten Bürger mental resignierend die weiße Fahne als Zeichen des Nichtmehrdurchblickens hissen ließ angesichts einer von deutscher Seite felsenfest versprochenen gedeckelten, dann doch gehebelten, funktionserweiterten und als ESM auf Dauer gestellten EFSF, eines ursprünglich verworfenen, dann freiwilligen Schuldenerlasses der Privatgläubiger für Griechenland, der schließlich doch nicht recht freiwillig war (und z.B. in Deutschland vorrangig verstaatlichte Banken traf), eines hochgelobten und dann doch nur neben den EU-Verträgen teilrealisierten und eventuell im Ernstfall wirkungslosen Fiskalpaktes, großer Versprechungen zur Einführung der Finanztransaktionssteuer, die nicht kommen wird, einer neuen makroökonomischen Koordinierung im Euroraum, die allerdings z.B. für Exportüberschussländer völlig sanktionslos bleibt. Hinzu kommen Sparpakete, die breite Bevölkerungsschichten in einigen Ländern in die Armut treiben und die Verschuldungsquoten dennoch ansteigen lassen, Zinsen für Staatsanleihen gefährdeter Länder, die mal steigen und dann wieder sinken, das Auf und Ab der Ratings, die gelegentlich eine kleine Panik auslösen und dann wieder mit Achselzucken von den Märkten und der Politik quittiert werden, eine EZB, die die Ankäufe von Staatsanleihen einschränkt und gleichzeitig die Banken flutet, damit diese sie kaufen und dann letztendlich doch bei der EZB deponieren usw.

Die politischen Parteien trugen zur Irritation bei, indem z.B. die Grünen und die SPD die Regierungspolitik ständig kritisierten, dann aber, wenn es darauf ankam, doch brav zustimmten. Auch die FDP hatte insbesondere dem ihren Grundsätzen völlig widersprechenden Bankenrettungssozialismus zwecks weiterer Regierungsbeteiligung nichts entgegen zu setzen, von der eigentlichen Regierungspartei, die das gegenwärtige Chaos als Hauptakteur zu verantworten hat, ganz zu schweigen. Diese Ereignisse wurden in der erforderlichen Kürze eingearbeitet und ansatzweise gedeutet. Im Durcheinander der Geschehnisse sind Weichenstellungen elementarster Natur enthalten, so verliert die Bundesrepublik mit dem Fiskalpakt die Hoheit über zentrale Teile ihrer Finanzverfassung, und der ESM birgt Gewährleistungsrisiken bisher ungekannten Ausmaßes.

Hinsichtlich der neuen Finanzmarktregulierungen hat sich seit der letzten Auflage wenig Definitives ereignet, die Direktiven- und Richtlinienvorschläge zu EMIR, CRD IV, MiFID u.a. werden im Expertentialog der EU unter weitgehendem Ausschluss der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit (siehe aber z.B. Finance Watch 2012 und WEED 2012) ausgehandelt. Es ist erstaunlich, dass anscheinend zwei unzusammenhängende Paralleldiskurse zur Regulierung der Finanzmärkte (Kreditausfallversicherungen, Grenzen der Hedgefonds usw.) durch „Fachleute“ einerseits und einer zur Lösung der Schuldenkrise über Rettungsschirme, Eurobonds usw. durch Politiker und ihre „Berater“ andererseits existieren. Eine kritische Finanzmarktforschung findet nach wie vor keine tiefere institutionelle Verankerung, spezielle Bundesuniversitäten (z.B. eine *Willy-Brandt-University of Government for the Public Interest*) mit am Allgemeinwohl und an den Interessen des demokratischen Staates und des durchschnittlichen Steuerzahlers orientierten Forschungsprogrammen gibt es nicht. Besonders im Bereich des Geldsystems und der Finanzmärkte herrscht weiterhin die privatwirtschaftliche Sicht vor.

Seit der 2. und 3. Auflage erschienen einige kürzere (z.B. Otte 2011, Prantl 2011, Kessler 2011, Kennedy 2011) und weiter ausgreifende Streitschriften (Wagenknecht 2011, Hickel 2012, Berger 2012, Felber 2012 sowie allerlei Populistisches, z.B. Beck und Prinz 2011). Die meisten Beiträge denken über ein solidarisches und demokratisches, europäisches Reformprojekt nach und präsentieren Reformvorschläge zur Zügelung der Finanzmärkte (siehe auch Habermas 2011, der aber die ökonomische Seite bei seinen Forderungen zur Weiterentwicklung der EU

unterbelichtet). Größeren Absatz fand das Ratgeberbuch von Dirk Müller (2011), das hoffentlich nicht allzu viele (Klein)Anleger dazu verleiten wird, den Markt schlagen zu wollen. Die Mainstream-Ökonomie und die Politikberatung diskutieren zumeist im Rahmen der durch die G 20, die EU und alle möglichen semioffiziellen Einrichtungen (Financial Stability Board u.a.) vorgegebenen Reformagenden und ansonsten theoretische Detailfragen. Die interessanteren Beiträge wurden eingearbeitet. Als Nebenfolge der europäischen Krisenpolitik verzeichnete derweil die EU mit 25 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen (über 10%) den traurigen Höchststand in ihrer 50jährigen Geschichte.

Es dürfte noch ein wenig dauern, bis der Vorschlag des Vollgeldsystems zur Vermeidung ständiger Boom- und Zusammenbruchphasen in der Mitte der Diskurslandschaft ankommen wird (siehe Verein Monetäre Modernisierung (Hg.) 2012 mit einer konkreten Verfassungsinitiative für die Schweiz). Die grundlegende Problematik eines Schuldgeldsystems wird nach wie vor im offiziellen Diskurs ausgeblendet. Beispielhaft kann hier die Informationsschrift der Deutschen Bundesbank angeführt werden, die in neueren Auflagen zwar nicht mehr den Geldschöpfungsmultiplikator aufbietet, ansonsten aber das Geldschöpfungsprivileg der Banken für selbstverständlich hält und es durch die Art der Darstellung eher verschleiern (2010b, Kapitel 3 und 4).

Die Umstellung auf Vollgeld könnte in der Übergangsphase einen guten Teil der Staatsverschuldung abbauen, da zum Ausgleich des Rückgangs der Geldmenge bei Kreditrückzahlungen von Privaten und Unternehmen an Banken die Zentralbank zum Ausgleich neues Vollgeld nach unserem Vorschlag über den Staat in Umlauf bringen muss, der sich mit diesen Mitteln zu einem guten Teil entschuldete. So könnte eine große Währungsreform vermieden werden.

Die neue, zunächst amerikanische und dann weltweite *Occupy*-Bewegung (Lasn 2008/1999, Graeber 2004 und 2011 im Anschluss an Hudson und Van de Mierop (Hg.) 2002), die in Frankfurt auch im kalten Winter 2011 tapfer durchhielt und ihr „theoretischer“ Ableger OccupyMoney (www.occupymoney.de) zeigen beispielhaft, dass wir nicht alle Muppets sind und ohne Gegenwehr in eine Postdemokratie (Crouch 2008/2003) bzw. finanzoligarchische Hinterzimmerdiplomatie abgleiten, sondern einige Kräfte der Demokratie lebendig sind. Auch in der Mitte der Gesellschaft gerät man ins Grübeln über die eigenartige Politikmelange des nicht enden wollenden Durchwurstelns aus billigem Geld und

entfesselten Märkten, aus Turbokapitalismus und zumindest geldpolitischem Turbokeynesianismus, aus ‚freier‘ Marktwirtschaft und extremen Regierungseingriffen unter Aushebelung üblicher demokratischer Entscheidungsprozesse. Diese Vorgänge sind als Ausdruck eines Bündnisses und Komplotts bzw. Kartells zwischen dem Staat und der Finanzbranche zum kurzfristigen gegenseitigen Nutzen, aber zu Lasten der Allgemeinheit zu verstehen. „Grundlagen der Marktwirtschaft erscheinen nun als Scheingewissheiten, die jahrzehntelang im Verborgenen doch nur eines getan haben könnten: einem Kartell von Banken, Großunternehmen und Politikern zu dienen“ (Weidenfeld und Sauga 2012, 9). Wir brauchen für den Erhalt einer substantiellen Demokratie ein hier in Umrissen skizziertes neues Geld- und Finanzsystem, das es ohne den Druck der kritischen Zivilgesellschaft und der bürgerlichen Mitte nicht geben wird.

Ich danke einmal mehr Udo Glittenberg und Markus Henn für Diskussionen und Literaturhinweise und Klaus Karwat für die Erweiterung des Exkurses über Vollgeld. Die an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt institutionalisierte Interdisziplinarität war eine große Hilfe, ebenso die kritischen Diskussionen mit Kollegen und Studenten sowie die Anregungen bei Tagungen und Vorträgen.

Erfurt, im April 2012.

Vorwort zur 3. Auflage

(Zusammenfassung)

Seit der 2. Auflage im April 2011 ist einiges passiert. Axel Weber verdient nun bei der UBS Geld, der eine Gehilfe der deutschen Regierungspolitik und Finanzindustrie, Jörg Asmussen, zieht ins Direktorium der EZB ein, der andere, Jörg Weidmann, wird Bundesbankpräsident. Mehrere Länder ducken sich unter die Rettungsschirme, die hastig erweitert und umgebaut werden und neue Kurzfristlösungen wie Eurobonds oder gehebelte Rettungsschirme werden aus dem Hut gezaubert.

Aus Gründen der Länge entfallen das ansonsten zu ergänzende Mini-Glossar, eine breite Berücksichtigung der neueren Literatur und das zum Teil ins jetzige Kapitel IV.1 integrierte Kapitel IV.1 der 2. Auflage über halbherzige Reformdiskussionen und Regulierungsmaßnahmen kurz nach der Finanzmarktkrise. In Kapitel IV.2 wurde die Kritik an Gesell gestrichen und ein Exkurs von Klaus Karwat über 100%-Geld und Vollgeld eingefügt. Schweren Herzens wurde auch Kapitel II.2 „Ein Panoramabild“ zwecks Längenbegrenzung entfernt, in dem die begrenzte Bereitschaft der Aufarbeitung der Finanzkrise in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft nachgezeichnet wurde. Das Kapitel ist neben dem Festhalten des Diskussionsstandes kurz nach der Finanzkrise auch insofern nach wie vor interessant, als es verdeutlicht, welche erstaunlichen plötzlichen Meinungsveränderungen zwischenzeitlich bei Vielen eintraten. Kapitel IV.8 wurde wesentlich überarbeitet und auf den aktuellen Stand gebracht.

Im neuen Kapitel IV.9 werden die sich zwischenzeitlich auf internationaler, nationaler und EU-Ebene abzeichnenden Reformvorschläge selektiv untersucht. Die (Gesetzes)Vorschläge zur Finanzmarktreform werden nicht langatmig wiedergegeben, sondern untersucht, welche Annahmen ihnen zugrunde liegen, was sie nicht enthalten und – im Vergleich zu den hier vorgeschlagenen Reformen – inwiefern sie wohl zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen werden oder nicht.

Auch wird gefragt, welches Finanzmarktparadigma die Reformvorschläge beseelt. Es zeigt sich, dass man nach wie vor den Ansatz im Prinzip effizienter Finanzmärkte teilt, die an den Rändern Korrekturen v.a. hinsichtlich der Transparenz bedürfen, die den Regulatoren dann beim nächsten Ernstfall ein beherztes Zupacken ermöglichen sollen. Die hier vorgenommene Unterscheidung eines orthodoxen und alternativen Ansatzes hat sich angesichts der sich abzeichnenden Reformen nicht erledigt, im Gegenteil. Auf der Mesoebene zeigte sich angesichts der neuen Bankenkrise im Oktober 2011, dass die halbherzigen internationalen Maßnahmen (z.B. Basel III mit einer Leverage Ratio von 3%) eigentlich bereits Makulatur sind, bevor sie überhaupt beschlossene Sache sind.

Erfurt, im Oktober 2011

Vorworte zur 1. und 2. Auflage (Zusammenfassung)

Dieser Beitrag gilt dem Verständnis der großen, internationalen Finanzkrise (FK) seit dem Jahr 2007, der ersten wirklich globalen Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg und den USA als neuem Epizentrum. Der Verfasser versucht, ihre Ursachen und Begleitumstände zu verstehen und die entsprechenden Lehren daraus zu ziehen. Im ersten Kapitel erfolgt eine Feldvermessung des öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurses während und nach der FK. Das breite Panoramabild der Debatte weist eklatante Defizite auf. Sie hängen wesentlich von der im zweiten Kapitel untersuchten und – trotz aller Relativierungen und Widersprüchlichkeiten – immer noch vorherrschenden orthodoxen Sicht effizienter Finanzmärkte (EMH) ab, der im dritten Kapitel das alternative Spekulations- bzw. Bullen-Bären-Paradigma (BBP) gegenübergestellt wird, um im vierten Teil für notwendig erachtete und bisher kaum realisierte Regulierungsvorschläge unter Einbezug der europäischen Staatsschuldenkrise abzuleiten.

Die deutschen Regierungen haben die Ursachen der Finanzkrise zwischenzeitlich nicht analysiert und dem Bürger eine Deutung der Ereignisse vorenthalten. Im Bereich der Wissenschaft hat sich leider auch wenig getan. Man leistet sich in Deutschland nicht eine Professur zur *kritischen* Finanzmarktforschung oder *heterodoxen* Ökonomik. Nicht schlecht wäre es gewesen, wenn die Politik bei ihren Rettungsdeals mit der Finanzwirtschaft diese dazu verpflichtet hätte, 10 alternative Stiftungsprofessuren für die nächsten 20 Jahre als Gegengabe zu finanzieren, mit Verbraucherverbänden und NROs in den Berufungskommissionen. Ein solches *House of Public Finance* könnte auch die Politik im Interesse des Steuerzahlers beraten, die bisher eher orientierungslos den Vorschlägen der Finanzinflüsterer hinterher läuft. Der Verfasser dieses Buches leistet auf jeden Fall den Eid der Ökonomen für Unabhängigkeit und Gemeinwohlorientierung (DeMartino 2011, 232-233).

Natürlich ist ein solcher Versuch von Seiten einer einzelnen Person ein Kampf David gegen Goliath-Finanzinstitutionen, die alles daran setzen, ihr Deutungsmonopol als hegemonialen Diskurs weiter zu pflegen und hierfür auch immense Geldmittel in die Waagschale werfen. Ihr Handicap besteht darin, dass die FK als Pendant zu einem naturwissenschaftlichen Experiment angesehen werden kann, das liebgewonnene Annahmen und Selbstdeutungen (z.B.: Kontrolle ist gut, Selbstkontrolle ist für alle besser) widerlegte. Der Verfasser dieses Beitrages konnte auf keine finanziellen Hilfen zurückgreifen, er ist dafür aber garantiert finanzinteressen- und drittmittelfrei. Auch verfügte er nicht über Schatten- und Geisterschreiber, die zunehmend im Auftrag unserer vielbeschäftigten Koryphäen mitwirken, so dass ihm der Werkstolz des integralen Handwerkers und die alleinige Kritik am Endprodukt gebührt.

Als Lehrender und Forschender an einer öffentlichen Universität verfügt er über ein Gut, das nicht hoch genug geschätzt werden kann: Die Freiheit unabhängigen Denkens jenseits bestimmter, enger Interessen und Ideologien! Der Dank gilt daher in erster Linie der Universität Erfurt und dem Steuerzahler, dessen Interessen sich der Autor verpflichtet fühlt, d.h. der zahlreichen Gruppe von Menschen, die die allergrößten Schwierigkeiten haben, sich Gehör zu verschaffen. Ihre Steuerzahlungen sind es auch, die als schlussendlicher Anker und sichere Bastion während der FK als letzte Garantie dienen, um den internationalen Zusammenbruch des Finanzsektors zu verhindern.

Aus Raumgründen wurde auf ein Eingehen aller im Prinzip relevanten Gesetzestexte und die Angabe ihrer Fundstellen verzichtet. Auch kommen einige inhaltliche Aspekte wie z.B. die Detailanalyse der deutschen Regulierungs- und Überwachungsbehörden (BaFin, Bundesbank) bewusst zu kurz, da es nicht auf eine Rundumbetrachtung oder historische Rekonstruktion der Ereignisse, sondern um eine grundsätzliche Reflexion – wenn auch mit einem gewissen deutschen Bias – geht.

Hartgesottene, heutigen DurchschnittsökonomInnen werden die folgenden Seiten selbstverständlich nicht sehr ‚theoretisch‘ erscheinen, da weder auf statistisch-ökonomische, noch modelltheoretische Analyse besonderes Gewicht gelegt wird. Ihre Grenzen wurden von der FK aufgedeckt. Der Beitrag steht in der Tradition der Staatswissenschaften (interdisziplinäre Gesamtschau), der Finanzsoziologie (Einbezug der Interessen, Ideologien und Gefühle), der Historischen Schule und des kritischen Institutionalismus (Veblen, Commons u.a.). Der Text ist nichts für schnelle Leser, da

Evidenzen über ein Mosaik aus Einzelereignissen, wirtschaftshistorischen Verläufen, stilisierten Fakten und vergleichenden Beispielen hergestellt wird. Sie sind im Zwischenbereich von Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Philosophie, Geschichts- und Rechtswissenschaft und Politologie angesiedelt. Eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Kapitel und der vorgesehenen Finanzmarktreforment soll einen inhaltlichen Überblick vermitteln. Aus Raumgründen entfällt in der Zweitaufgabe Kapitel IV.9 „Die große Vermögensvernichtung: Der verkaufte Kleinanleger und Riestertrentner“, das auf Wunsch gerne elektronisch zugesandt werden kann.¹

Einer kurzen, dogmengeschichtlichen Analyse einiger Texte kommt hier eine vielleicht überraschende besondere Rolle zu. Im Unterschied zu Cassidys (2009) mustergültiger Analyse des Einflusses eines letztlich unveränderten marktliberalen Gedankengebäudes von Adam Smith über Friedman bis zu Greenspan, Bernanke u.a. werden hier die internen Ambivalenzen, nichtbegründete Folgerungen usw. im Vordergrund stehen. Ferner meint der Verfasser nicht, *den* Schlüssel oder *das* Modell zur Totalerfassung der FK in der Hand zu haben. Er versucht, der Unübersichtlichkeit und Undurchdringlichkeit der heutigen Finanzmärkte durch eine breite Palette an Ansätzen und Überlegungen gerecht zu werden. Mit dem BBP wird allerdings eine zwar im Kern eindeutige Interpretation vorgenommen, die aber hinsichtlich ihrer heuristischen und deskriptiven Füllung offen und weitverzweigt ist, ohne Vollständigkeit zu supponieren. Daher werden viele Überlegungen und Texte vorgestellt, um sie einerseits als historisch wertvoll im kollektiven Gedächtnis zu bewahren und um dem Leser andererseits die Möglichkeit zu geben, ein eigenständiges Urteil fällen zu können. In diesem Sinne ist der Autor dankbar für Kritik und Anregungen (Helge.Peukert@uni-erfurt.de).

¹ Dort wird u.a. die Abschaffung der Riesterrente gefordert. Falls sie beibehalten wird, soll zumindest ihre Umgestaltung in eine automatische, durch die öffentliche Hand organisierte Zusatzaltersversicherung erfolgen (Modell Schweden), die z.B. über *Exchange Traded Funds*, die auch generell für die Anlage von Kleinanlegern als Alternative zu den Angeboten der Finanzindustrie empfohlen werden, ein diversifiziertes „Weltportfolio“ abbildet (Kommer 2009), mit einer jährlichen Kostenbelastung von unter 0,5%. Es besteht eine *opt-out*-Möglichkeit: Wer meint, es besser zu wissen, kann aussteigen und sich bei Privatanbietern Zusatzversichern.